

Werner Seppmann

Es geht ein Gespenst um in Europa

Werner Seppmann

Es geht ein Gespenst um in Europa

Rechte Mobilisierung zwischen Populismus
und Neofaschismus. Linke Alternativen

 **Mangroven**
ERLAG

Ein weiteres Mal habe ich Peter Rath für seine intensive Hilfe zu danken. Ebenso Daniel Klose, der, wie auch schon bei meiner »Kritik des Computers« und den Studien über »Kapital und Arbeit«, das Manuskript in ein lesbares Buch verwandelt hat. Zu besonderem Dank bin ich jedoch Karola und Mahaboob Hassan für die unkomplizierte und bereichernde Zusammenarbeit verpflichtet. In einigen Passagen führt der vorliegende Text Analysen aus meinem Buch »Dialektik der Entzivilisierung. Krise, Irrationalismus und Gewalt« weiter, das in einer revidierten und erweiterten 2. Auflage 2012 im LAIKA Verlag Hamburg erschienen ist.

© Copyright Mangroven Verlag Kassel 2018
Werner Seppmann: Es geht ein Gespenst um in Europa
Satz: Dr. Frank Hermenau
Druck: Digitaldruck leibi.de, Neu-Ulm
www.mangroven-verlag.de
info@mangroven-verlag.de
ISBN: 9783946946069

Inhalt

Ein unaufhaltsamer Aufstieg?	7
Eine nachholende Entwicklung?	15
Exkurs über die Dialektik der Weltbilder	28
Hilfloser Antipopulismus	32
Theoretische Unterwerfungsübungen	40
Verunsicherung und »Revolte«	48
Glaubwürdigkeitsverluste	51
Politischer Reformismus ist den sozialen Problemlagen nicht angemessen!	64
Zwischenbemerkung über Kritik und Solidarität	72
Der abwesende Gegner	75
Sozialer Sog nach Unten	79
Zwischen Bürger(protest)bewegung und Ständestaat	84
Verallgemeinerung der Unsicherheit	89
Eine »nachholende« Rechtsentwicklung?	94
Politische Inkubationszeit	107
Permanenter Bewährungszwang	111
Lebenslage und Krisengefühl	115
Determinanten der Verunsicherung	122
Politik der Bedenkenlosigkeit	127

Krisenbedrängnis und Ressentiment	133
Historische Kontinuitätslinien	139
Intellektuelle Aufrüstung	146
Ideologische Einflussarbeit	153
Psychische Selbststabilisierung durch Hass und Ressentiment	164
Demütigung als System	172
Desorientierende Weltbildmuster	177
Alltagsorientierung und Rechtsextremismus	187
Exkurs über die Alltagsformen des Irrationalismus	194
Psychische Rückbildungsprozesse	199
Irrationalismus und Utopie	204
Der Rechtsextremismus und die »Mitte« der Gesellschaft	209
Der Kleinbürger als »Wutbürger«	217
Postdemokratische Formierungstendenzen	222
Der Kampf gegen die Wahrheit	230
Droht ein neuer Faschismus?	239
Krisenerfahrungen und autoritäre Formierungen	249
Zur Dialektik historischer Ungleichzeitigkeit	253
Determinanten der Entzivilisierung	263
Was müssen antifaschistische Strategien berücksichtigen?	268
Das Recht auf existenzsichernde Arbeit!	276
Bedingungen für die Wirksamkeit antifaschistischer Aktivitäten	283
Literatur	290

Ein unaufhaltsamer Aufstieg?

Der Einzug der AfD 2017 mit einem zweistelligen Ergebnis in den Bundestag war keine Überraschung mehr, denn spätestens seit den Landtagswahlen 2016 hatte sich die rechtspopulistische Formation als relevante politische Kraft etabliert. Mit dem anfänglich überraschenden »Aufstieg« des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Martin Schulz schien es so, als ob die Karten kurzfristig noch einmal neu gemischt würden und auch die innerparteilichen Auseinandersetzungen schienen anfänglich nicht ohne Auswirkungen auf den Wählerzuspruch zu bleiben: Zeitweilig fielen die Zustimmungswerte für die AfD unter die 10-Prozent Marke – aber auf diesem Niveau stabilisierten sie sich nicht nur, sondern stiegen allmählich in der Zeit des »Bundestagswahlkampfes« auch wieder an. Wenig wahrscheinlich erschien jedenfalls schon seit den Wahlerfolgen 2016, dass auf mittlere Sicht ein Zurückdrängen der rechtspopulistischen Formation ohne überzeugende Antworten auf die gesellschaftlichen Krisen- und Spaltungsprozesse gelingen würde. Ihr Einzug in den Bundestag mit fast 100 Abgeordneten hat diesen Eindruck bestätigt.

Eine Eisbrecherfunktion hatten die Landtagswahlen 2016, denn durch sie wurde deutlich, dass es der AfD in weniger als einem halben Jahrzehnt seit ihrer Gründung gelungen war, einen *stabilen Kern von Stammwählern* an sich zu binden, der sich bezeichnenderweise (wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung) aus ehemaligen Anhängern *aller anderen Parteien, also diverser politischer Lager* rekrutierte. Die Dramatik der Entwicklung wurde durch die Fähigkeit der AfD deutlich, in einigen Bundesländern der SPD den Rang abzulaufen: Die Rechtspopulisten erzielten in Sachsen-Anhalt 24,3 Prozent der Wählerstimmen, während die SPD mit einem Anteil von 10,6 Prozent »abgestraft« wurde. Auch in Baden-Württemberg konnte sich die AfD mit 15,1 Prozent vor der SPD (12,7 Prozent) platzieren.

Es sollte nicht vergessen werden, dass im Frühjahr 2016, also zum Zeitpunkt der Erfolge bei den Landtagswahlen, der politische Durchbruch der

AfD (im Mai 2014 erhielt sie bei den Europaratswahlen 7,1 Prozent) gerade einmal 2 Jahre zurück lag. Mit einem Schlag wurden durch dieses Ergebnis abwiegelnde Erklärungen über die »Bedeutungslosigkeit« rechter Bewegungen in der Bundesrepublik (so F. Decker 2012) ad absurdum geführt.

Es war zwar die »Flüchtlingsdebatte« die 2016 zu einem Zustimmungsschub für die rechtspopulistische Formation führte, aber sie war nur ein Faktor unter anderen für den *scheinbar* unaufhaltsamen Aufstieg der rechtspopulistischen Formation: Die Kriegsflüchtlinge waren nur eine weitere Projektionsfläche um vorhandene Unsicherheitsgefühle und eine mit sozial determinierten Zukunftsängsten korrespondierende »Wut« zu fokussieren: Der AfD gelang es, den Eindruck zu erwecken, einem »schweigenden« Bevölkerungsegment wieder eine Stimme geben zu können.

Alles sieht danach aus, dass die bisherigen Erfolge, trotz zeitweiliger Stagnationstendenzen und auch innerparteilichen Auseinandersetzungen, nicht als Höhe- und Endpunkte der AfD-Geschichte angesehen werden können. Auch wenn der Wahlsieg des Populisten Trump in den Vereinigten Staaten zunächst ohne sichtbaren Einfluss blieb und der Rechtspopulist Wilders bei den niederländischen Wahlen im Frühjahr 2017 hinter den (hohen) Erwartungen der europäischen Rechten zurück lag, sieht die Gesamtsituation nicht nach einer »Götterdämmerung« für den Rechtspopulismus in der EU aus. Dieses Kapitel scheint noch lange nicht abgeschlossen zu sein, zumal 2017 bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich die le Pen-Rechte zwar nicht gesiegt, jedoch ein neues Zustimmungshoch erreicht hat.

Mehr als eine Atempause hat das etablierte Politik-Management nicht erreicht, denn trotz schneller Abnutzungserscheinungen des neuen US-Präsidenten kann der Trump-Sieg in den Vereinigten Staaten durchaus als Vorbote für *Sammlungsprozesse der Unzufriedenen* in ähnlicher Dimension auch im »alten Europa« angesehen werden. Nicht ausgeschlossen ist, dass sich wieder einmal die Erfahrung bestätigt, dass sich hierzulande die US-amerikanischen Entwicklungen mit zeitlicher Verzögerung wiederholen. Oft geschah das in der Vergangenheit in veränderter, auch abgemildeter Form – jedoch sollte man sich dessen im Falle der Rechtsentwicklung, und ganz allgemein einer weiteren *Irrationalisierung des Politischen*, nicht allzu sicher sein.

Die Weichen für den Trump-Erfolg und gleichermaßen für den Aufstieg des europäischen Rechtspopulismus wurden in den 80er Jahren mit dem *Siegeszug des Neoliberalismus gestellt*, als in wichtigen imperialistischen Industri-

eländern eine kompromisslose Politik im Interesse des Kapitals und auf Kosten einer Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt wurde: Der Neoliberalismus »ist der Vater, die politisch entsozialisierte Staatlichkeit der Gesellschaft die Mutter des Rechtspopulismus.« (Fehrmann 2017, 45)

Trotz der großen Unterschiede in den Sozialverhältnissen hüben und drüben (die Verbreitung von Zuständen, die noch vor zwei oder drei Jahrzehnten nur in »Dritte-Welt«-Ländern existierten, sind in den USA zu einer Alltagserfahrung geworden) sind Krisenentwicklungen sichtbar, die tief in das individuelle Leben eingreifen und auch verunsichernde Wirkungen in Schichten haben, die (wenn oft auch mit großen Anstrengungen) ihren Sozialstatus noch behaupten können, aber an einer *gesicherten Zukunft* zweifeln.

Auch in der Bundesrepublik haben sich trotz einer positiven konjunkturellen *Zwischenphase* die Perspektiven für eine Bevölkerungsmehrheit keinesfalls nachhaltig aufgehellt. Es ist leichter geworden, nach einem Arbeitsplatzverlust wieder eine Beschäftigung zu finden, jedoch immer öfter nur in den ausgedehnten Prekaritätszonen. Die damit verbundenen sozialen Abwertungserfahrungen wirken um so stärker, als Effizienzgesichtspunkte und wirtschaftliche Erfolgsmaßstäbe mittlerweile in fast allen Lebensbereichen dominieren.

Die Betroffenen empfinden ihren Zustand gerade deshalb besonders intensiv als Demütigung, weil ihnen Politik und Medienapparat die kontrafaktische Geschichte einer allgemeinen »Wohlstandsentwicklung« nahezubringen versuchen: »Schon lange ging es uns nicht mehr so gut«, postuliert das politische Personal gemeinsam mit ihren publizistischen Sprachverstärkern.

Aber Sorge schlägt gerade in dieser Situation einer zunehmenden Differenz zwischen abwiegelnden Parolen, bedrängenden Sozialerfahrungen sowie *schleichenden* Gefühlen der Verunsicherung leicht in *Angst* und diese entweder in *Frustration* oder (was zunehmend der Fall ist) in *Wut* um, die besonders groß ist, weil die Erwartungen die man (noch) an das Leben hat, in der Regel bescheiden sind – und dennoch enttäuscht werden. Man will ja nur ein wenig *perspektivische Verlässlichkeit* und ist bereit für den »sicheren Arbeitsplatz« auch Zugeständnisse zu machen, auf Freizeit und auch Gehaltsanteile zu verzichten. Selbst von den Forderungen der Bauern in der frühbürgerlichen Revolutionsphase in Süd- und Mitteldeutschland oder den Aufständischen in der Tell-Sage, die nur die »angestammten Rechte« und die »Sorgepflichtenerfüllung« der Herren einforderten, waren radikaler. Die modernen Opfer der sozio-ökonomischen Umwälzungen sind bescheidener

geworden: Die Rekonstruktion »sozialstaatlicher« Verhältnisse früherer Jahrzehnte sehen viele als nicht mehr erreichbar an. Dass jedoch selbst zurückhaltende »Gerechtigkeits«-Vorstellungen, das Verlangen nach etwas mehr *Verlässlichkeit und Sicherheit* ignoriert werden, verstärkt eine latente Wut. Diese »Erregung« ist das Verbindende auch zwischen Menschen, die sozial und alltagskulturell sonst nicht viel miteinander gemein haben.

Der sozio-ökonomische Bewährungsdruck hat sich in den letzten beiden Dekaden in der Bundesrepublik nicht nur für die abhängig Beschäftigten verdichtet, sondern auch für viele kleine Selbstständige und Freiberufler. Es muss intensiver gearbeitet und mehr geleistet werden, um die Existenz sichern und den erreichten Status halten zu können. Ein ständiger Bewährungsdruck und zunehmende Überforderung bei gleichzeitigem Verlust von Sicherheitsressourcen und einer abnehmenden »Kalkulierbarkeit« der weiteren Entwicklungen sind zu prägenden Erfahrungen geworden.

Zu den elementaren Bestandteilen der neoliberalen Umgestaltungsprozesse gehörte die Privilegierung der Interessen der Vermögensbesitzer bei gleichzeitig »strategischer« *Beschädigung der sozialen Sicherungssysteme*: »Sozialabbau« war der Hebel, um *Bedürftigkeit und Unsicherheit als soziales Disziplinierungsmittel* zu institutionalisieren: Ist der soziale Absturz eine reale Gefahr, wenn man einmal »aus dem Tritt geraten« ist, gibt es keinen effektiveren Leistungsstimulator. Aber auch um »Ruhe« zu sichern, sind die Voraussetzungen für die Ausbreitung von Angst vor dem Arbeitsplatzverlust geschaffen worden. Zivilisatorische Verfallsprozesse sind bei der Installation der Abstiegs- und Verunsicherungsmechanismen mehr als nur billigend in Kauf genommen worden. (Vgl.: Seppmann 2015) Die allgemeine *Verunsicherung* hat ihre Ursachen in der hohen Arbeitslosigkeitsrate und der Sorge vor einem sozialen Abstieg. Jedoch wird sie bei den abhängig Beschäftigten von einem »generellen Druck auf die Erwerbsarbeit [flankiert], der von Betriebsschließungen und -verlagerungen, Privatisierungen, Outsourcing oder aber von Rationalisierungen, Flexibilisierung und anderen neuen Formen der Arbeitsorganisation ausgeht, der zu einer grundlegenden Verunsicherung der Beschäftigten führt« (Lühr 2011, 26) – und von der Finanz- und Wirtschaftskrise noch weiter verstärkt wurde.

Auf die sozialdestruktiven Konsequenzen der Agenda-Politik ist schon früh hingewiesen worden, weil vor allem »kein noch so konsequentes ›Fordern und Fördern‹ die fehlenden Arbeitsplätze [wird] schaffen können. Der

aktivierende Sozialstaat läuft daher aufgrund seines Ansatzes Gefahr, die ... soziale Ausgrenzung zu verstärken.« (Koch 2004, 148) Denn fehlen ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten, bleibt individuelles Bestreben oft erfolglos, wachsen psychische Belastungen und verstärken sich disziplinierende Versagensängste.

In den letzten Jahren haben die Verunsicherung und ein stiller Zorn den sozialen Rückzug (der sich beispielsweise in der zunehmenden Wahlverweigerung äußert) gerade bei den unmittelbar Krisenbetroffenen stimuliert. Aber nun existieren auf der politischen Bühne Akteure, von denen die Verunsicherten, Bedrohten und Abgehängten den Eindruck haben, dass sie für ihre Sorgen und Nöte ein offenes Ohr haben. Ihre Erfolge dokumentieren, dass sie einen »Nerv getroffen« haben, obwohl in entscheidenden Punkten die AfD wie der historische Faschismus operiert, sie sich des Betrugs bedient, um den Eindruck zu erwecken, für die »unten« da zu sein.

Die etablierten Parteien sehen im Rechtspopulismus ein Problem – jedoch vorrangig deshalb, weil sie ihn als Konkurrenten begreifen. Das prägt ihre Auseinandersetzung mit der AfD, ihre Argumente und Vorgehensweisen: »Die medialen und von Politprofis jedweder Couleur vorgetragene Versuche einer interpretierenden und erklärenden Aneignung des Triumphes der AfD erinnern mehrheitlich an den Versuch eines Betrunknen, seinen verloren gegangenen Haustürschlüssel im Lichtschein einer Straßenlaterne zu suchen, statt dort, wo er ihn verloren hat.« (Eisenberg 2016, 42) Wenig entwickelt ist die Bereitschaft, konzeptionell auf die Ursachen der Bedeutungszunahme des Rechtspopulismus einzugehen. Sie begegnen ihrem »abtrünnigen« Wahlvolk wie dieses den Politprofis: Sie ignorieren ihre Worte nicht nur, sondern nehmen sie überhaupt nicht mehr wahr. Der Kontrast zwischen den Sorgen vieler Menschen und den Beschwichtigungen aus den politischen Apparaten könnte größer kaum sein: Penetrant wird ihnen einzureden versucht, dass es überhaupt keinen Grund für ihre Statussorgen und Zukunftsängste gäbe, weil es »uns ja so gut, wie schon lange nicht mehr« gehe. Aber letztlich ist zweitrangig, ob die Ängste reale oder »eingebildete« Ursachen (was meist nicht der Fall ist!) haben: Die bedrückende Wirkung der sozialen Entwicklungstrends, unter denen eine Bevölkerungsmehrheit leidet, ist eine Tatsache und ihr Herunterspielen wird als *Missachtung* empfunden.

Es ist eine kuriose, gar schizophrene Situation entstanden: Es gibt Aspekte der Hinwendung zu den rechtspopulistischen Gruppierungen, die, »so wi-

dersprüchlich es klingen mag, ... [man] zumindest teilweise als eine Art politischer Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss«, denn die Menschen »versuchen, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten ist und nun sogar von jenen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten.« (Eribon 2016, 124) Denn bei der Analyse des Erfolgs des Rechtspopulismus darf am allerwenigsten ignoriert werden, dass sein Anwachsen auch das Ergebnis eines großen »Verrats« ist: Von Labour in Großbritannien über die Demokraten in den USA bis hin zu den »Sozialisten« in Frankreich und der SPD in der Bundesrepublik sind es »Sozialdemokraten« gewesen, die in den 90er Jahren dem Neoliberalismus mindestens als Steigbügelhalter, wenn nicht sogar als sein »Vortrupp« gedient haben. Von der »Deregulierung der Finanzmärkte« in Kombination mit »Arbeitsmarktreformen« versprach man sich auch in Deutschland, dass dadurch eine neue »Wertschöpfungskette« in Gang gesetzt und eine allgemeine Prosperitätsentwicklung stimuliert würde, von der am Ende auch die unteren Schichten und das staatliche Budget profitieren könnten. Beides ist jedoch nicht eingetreten. Im Gegenteil: Die Einkommen vieler Lohnabhängiger stagnierten und Bedürftigkeit breitete sich aus. 40 Prozent der Lohnempfänger in Deutschland beziehen heute (wie in vergleichbarer Weise in den USA) ein Realeinkommen wie in der Mitte der 90er Jahre. Selbst 21 Prozent der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung arbeiten gegenwärtig zu einem Stundenlohn von unter 10 Euro. Dagegen konzentrierte sich ein beträchtlicher Reichtumszuwachs an der gesellschaftlichen Spitze und zwar direkt auf Kosten der mittleren und unteren Einkommenschichten.

Angesichts der tatsächlichen Determinanten der sozialen Rückschrittstendenzen ist es zu wenig, wenn ein LinksPartei-Repräsentant sagt, dass dort, wo der Neoliberalismus gesät habe, nun die AfD ernten würde. Denn er vergaß zu betonen, dass die Sozialdemokratie in Deutschland in besonders intensiver Weise das Feld gepflügt und Teile des Gewerkschaftsapparats den Dünger verteilt hatten und es unterlassen wurde, einen wirkungsvollen Widerstand zu organisieren. Denn auch in den höheren Gewerkschaftsetagen gab es einflussreiche Kräfte, die auf die sozialpolitischen »Reformen« nicht nur mit Stillschweigen reagierten, sondern sie aus Gründen der »Standortlogik« und im Interesse der »Kernbelegschaften« auch akzeptierten.

Aber ist dieses Verhalten wirklich verwunderlich? Wie soll eine kompromisslose Interessenvertretung funktionieren, von Seiten der Gewerkschafts-

apparate eine konfliktorientierte Mobilisierung organisiert werden, wenn man sich in einer geradezu selbstbeschädigenden Weise mit dem »System« eingelassen hat, wenn konkret der VW-Betriebsratschef Osterloh jährliche Bezüge bis zu 750.000 Euro erhält und ihm ein (von ihm abgelehntes) Angebot für einen Vorstandsposten unterbreitet wurde mit 3 Millionen Euro jährlichen Bezügen? (Der Spiegel, 21/2017, 57)

Auch bei ihren Wählern sind die Erwartungen übrigens gering, dass die AfD an der eklatanten Ungleichheitsentwicklung etwas grundsätzlich ändern würde. Aber dieser realistischen Einstellung zum Trotz werden die rechtspopulistischen Akteure dennoch von vielen sozial Verunsicherten und existenziell Bedrängten als ihre Repräsentanten angesehen – wenn auch weniger bei der Vertretung ihrer materiellen Interessen, sondern als Verstärker von Protest-Artikulationen.

Ein demonstratives »Widerspruchs-Bedürfnis« treibt vor allem den Kleinbürger um, aber ihm gereicht meist schon der Verbalradikalismus um Zufriedenheit darüber zu empfinden, dass er sich überhaupt Verhör hat verschaffen können. Das ist ein wesentlicher, aber nicht der einzige Grund dafür, »dass Kleinbürger nur schief und trüb rebellieren«. (Bloch 1973, 19) Auch zum »Wutbürger« mutiert, steht er grundlegenden Veränderungen skeptisch gegenüber und gibt sich oft mit der demonstrativen Rhetorik seiner »Repräsentanten« zufrieden. Beispielsweise mit der Parole: »Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet«, wie es ein Bundesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation wenig originell postulierte, denn diesen Spruch hatten schon die Nazis verwandt und mit ihm ist auch die Haider-FPÖ, also diese selbst hochgradig korrupte Formation, vor Jahren in Österreich in den Wahlkampf gezogen.

Nicht zuletzt an den (meist ebenso ratlosen, wie schematischen) Reaktionen der etablierten Kräfte merken die AfD-Wähler, dass ihre »Botschaft« angekommen ist. Ein Teil der »Protestwähler« dürfte sich mit einem Einmaleffekt, also dem Gefühl, es »denen endlich gezeigt zu haben« zufrieden geben. Jedoch ist das nicht die Mehrheit der AfD-Wähler. Auch dürfte das Sympathisanten-Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft sein. Mehr als nur ein Zünglein an der Waage dürften Gruppen wie beispielsweise auch die Russlanddeutschen spielen, bei denen es sich um eine Bevölkerungsgruppe von 4 Millionen Menschen handelt, die bisher zu den treuesten CDU-Wählern gehörten, nun aber in großer Zahl zur AfD tendieren.

Zum Vorteil der AfD gereicht es auch, dass sich nicht alle der möglichen (vorrangig lohnabhängigen und industriell beschäftigten) Wähler unbedingt mit dem Rechtstrend der Partei identifizieren, sondern sie nur als symbolische »Alternative« begreifen. Für sie trägt diese Wahloption die Züge einer »Revolte«, aber eine mit falschem Bewusstsein und deshalb verzerrierter Zielrichtung.

Es trifft wohl die Einschätzung von Eberhard Fährmann zu, dass der Rechtspopulismus besonders »innerhalb der lohnabhängigen Gruppen keine Überzeugung im Sinne einer sozial verankerten, politisch kultivierten Auffassung darstellt, sondern vor allem eine instrumentelle, protestierende Haltung, gegen eine Gesellschaft, die keine Sicherheiten und Gewissheiten mehr liefert und deren wirtschaftliche Auswüchse, politische Repräsentationsschwächen und Steuerungsdefizite immer sichtbarer werden.« (Fährmann 2007, 47)

Viele dieser »Distanzierten« sind um des Protest-Effektes willen bereit, über vieles hinweg zu sehen, was nicht zu ihren eigenen weltanschaulichen Kernvorstellungen zählt. Es ist typisch für das widersprüchliche Verhältnis von Einstellungspräferenzen und Wahlverhalten, dass »immerhin sich die Hälfte der Berliner AfD-WählerInnen am Wahlabend im September [2016 äußerte], dass sich die Partei nicht ausreichend von rechtsradikalen Positionen abgrenze – und ... sie in diesem Wissen« dennoch wählte. (Kahrs 2017, 17) Auch direkt nach ihrem Votum bei der Bundestagswahl äußerten sich 60 Prozent der Befragten, dass sie die AfD nicht wegen ihres konkreten Programms gewählt hätten. Aber nicht von der Hand zu weisen ist dennoch die Gefahr, dass bei fortschreitender Verunsicherung und weiterer Verdunkelung der Lebensperspektive, sich die »symbolischen« Distanzierungshaltungen, zu festen Standpunkten »verhärten« können.

Eine nachholende Entwicklung?

Ein schwacher Trost ist der Hinweis, dass der Wahlerfolg einer rechtspopulistischen Bewegung Ausdruck einer »*nachholenden Entwicklung*« wäre, in der Bundesrepublik nun rechte Gruppierungen ja nur ähnlich erfolgreich wären, wie vergleichbare Formationen in anderen westeuropäischen Ländern, beispielsweise in den Niederlanden, Frankreich, Großbritannien oder Belgien. Mit diesen Versuchen der »Relativierung« werden die Wahlerfolge des Rechtspopulismus gleichzeitig zur »Normalität« verklärt.

Aber das ist schon deshalb nicht der Fall, weil es in Deutschland immer noch eine Kontinuitätslinie von den »alten Kameraden« über eine neuformierte Rechte zu der rechtspopulistischen »Wutbürgerbewegung« gibt. Und vor allem ist Faschismus in seiner brutalsten Art Bestandteil einer deutschen Tradition: Diese »Hypothek macht ... in Deutschland jede Art von rechten Extremismus, auch in per se zunächst harmloser Erscheinungsform, zum politischen Problem von unvergleichbarer und einzigartiger Dimension.« (Benz 1989, 23) Diese Tatsache ist nicht zu vernachlässigen, aber von nicht geringerer Bedeutung ist, dass Menschenverachtung und ethnische Stigmatisierung immer wieder durch gesellschaftliche Krisenprozesse erneut stimuliert werden und politisch instrumentalisiert werden können, weil sie »organischer« Bestandteil einer durch das Konkurrenzprinzip geprägten Vergesellschaftungsweise sind. Es existieren immer noch, worauf auch Theodor W. Adorno wiederholt hingewiesen hat, die gleichen sozio-ökonomischen Organisationsprinzipien und lebensweltlichen Sozialisationsbedingungen, die Auschwitz ermöglicht haben. Noch immer herrschen alltagskulturelle Zustände, durch die autoritäre und bedenkenlose Charaktere gefördert, instrumentalisierbare und funktionale Individuen geformt werden. Der Manager, der Tausende entlässt, um den Börsenkurs (und damit den Wert seiner Aktienoptionen) zu steigern bis hin zum jugendlichen Amoktäter, gibt es unzählige Beispiele dafür, dass die kapitalistischen Vergesellschaftungsformen für die Entstehung von Charakterstrukturen mitleidloser »Effektivität« treibhausartige Bedingungen bieten.

Die Bestandsaufnahme aus historischer Sicht ist eindeutig: »Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die den Faschismus hervorbrachte, besteht in einem großen Teil der Industrieländer nach wie vor. Sie wurde nach 1945 nicht so fundamental verändert, dass faschistische Konsequenzen gänzlich ausgeschlossen wären. Vor allem die Bedingungen für die Entstehung faschistischer Bewegungen sind noch im gleichen Maße existent wie in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg.« (Kühnl 1971, 160) Das gilt im besonderen Maße für das wieder zu einem »weltpolitischen Faktor« mutierte »wiedervereinigte« Deutschland. Es sind darüber hinaus in wesentlichen Punkten die gleichen Sozialisationsdeterminanten prägend geblieben, die in der Vergangenheit bedenkenlose »Tötungsautomaten« hervorgebracht haben und in den Zeiten der »Endlösung« eingesetzt werden konnten.

Mit dem aktuellen rechten »Aufbruch« hat sich nicht nur eine verdrängte Vergangenheit wieder in Erinnerung gebracht, sondern es ist auch mit dem nun politisch artikulierten Irrationalismus, ein *konstitutives Widerspruchsprinzip* spätimperialistischer Gesellschaften wieder allgemein sichtbar geworden, dass sich *auch* in einem »Bodensatz« von *Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit* äußert. Dass rechte Bewegungen auch in anderen Ländern an Bedeutung gewonnen haben, sie zu gewichtigen politischen Faktoren geworden sind, ist jedoch auch ein Indiz dafür, dass es sich beim Rechtspopulismus nicht nur um eine »unbewältigte« deutsche Vergangenheit handelt – obwohl natürlich für die rechtspopulistischen Formierungen in der Bundesrepublik die »historischen Verstrickungen« eine besondere Rolle spielen. (Vgl. Elias 1989) Denn »die bittere Wahrheit, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, lautet, dass unter einem dünnen Firnis angepassten Verhaltens ... ein bedrohliches, faschistoides, antidemokratisches Potenzial [existiert], das den Wandel der politischen Systeme überdauert hat ... Das Nazi-Regime ging unter, aber das deutsche Volk und seine Mentalität blieben. Hinter einem demokratischen Paravent haben sich ältere Reaktionsmuster durchgehalten, die unter Bedingungen gesellschaftlich-ökonomischer Stabilität in den Untergrund bloßen Meinens und des Stammtischgeredes abgedrängt« wurden. (Eisenberg 2016, 25) Aber als *mobilitätsfähiges Potenzial* waren sie nie verschwunden: Sie sind immer noch vorhanden und werden in gesellschaftlichen Umbruchsituationen wieder sichtbar. Es artikuliert sich »Ungleichzeitiges« in einer Deutlichkeit und Penetranz, als ob es niemals von der Bildfläche verschwunden wäre. Das ist eine *deutsche Hypothek*, die auch daraus resultiert, dass niemand nach der Zeit des systema-

tischen Staatsverbrechens zur Rechenschaft gezogen wurde, kaum jemand aus dem Kollektiv der Täter die Verantwortung übernehmen musste. Selbst den überführten Mördern wurde noch ein »Befehlsnotstand« zugestanden und den braunen Blutrichtern attestiert, dass sie »legitimes Recht« angewandt hätten. Auch das durch Sklavenarbeit vermehrte Kapital blieb meist unangetastet und die akademischen Steigbügelhalter des Nazismus weiter in »Amt und Würden«. Die »alten Kameraden« hatten einen prägenden Einfluss auf die bundesrepublikanische Nachkriegsentwicklung. (Vgl.: Jung/Spo0 1971)

Wer die »Rassengesetze« konzipierte galt als qualifiziert zur Leitung des Adenauerschen Kanzleramtes und der Hitler-Lobredner und (wie es mittlerweile nach dem auftauchen seiner »Schwarzen Hefte« unübersehbar geworden ist¹) penetrante Antisemit Heidegger wurde als »großer Philosoph« gefeiert. Der Deserteur wurde dagegen jahrzehntelang als »Vaterlandsverräter« stigmatisiert. Die Mord- und Folterknechte erhielten ebenso wie die Profiteure der Nazi-Herrschaft in der staatlichen Administration üppige Pensionen, während ihre gequälten Opfer nicht selten ohne jegliche Unterstützung blieben. Wer als Kommunist im KZ gesessen hatte, konnte aus gleichen Gründen nach dem KPD-Verbot wieder in die Mühlen der bundesdeutschen Justiz geraten und war möglicherweise den gleichen Richtern wie nach 1933 ausgeliefert.

Trotz der Bedeutungsschwere der »deutschen Vergangenheit« legt die Parallelität der Formierung aggressiver Rechtsparteien in vielen anderen Ländern die Vermutung nahe, dass es sich bei den AfD-Erfolgen – anders als bei den Rechtsparteien (Republikaner, NPD u. a.) in den vergangenen Jahrzehnten, bei denen ein schneller Aufstieg und die Stagnation zeitlich eng beieinan-

1 Diese »Schwarzen Hefte« haben unmissverständlich deutlich werden lassen, dass Heideggers demonstrative Anbiederung an den Faschismus und den »Führer« in seiner Zeit als Rektor der Freiburger Universität alles andere als ein »politischer Irrtum« (Kimmerle 1992, 11) gewesen war, sondern die Offenlegung prägender Überzeugungen in dem Moment, wo er ihre Verbergung nicht mehr für nötig gehalten hat. In späteren Jahren haben sich nicht seine faschismusauffinen Überzeugungen geändert, sondern nur die Bereitschaft mit ihnen hausieren zu gehen. (Vgl.: Farias 1987) Sachlich war die abwiegende Einschätzung von Habermas immer problematisch, aber mittlerweile ist sie (gewissermaßen nach »Aktenlage«) unhaltbar geworden: »Das fragwürdige politische Verhalten eines Autors wirft auf sein Werk gewiß einen Schatten. Aber das Heideggersche Werk, vor allem *Sein und Zeit*, hat einen so eminenten Stellenwert im philosophischen Denken unseres Jahrhunderts, dass die Vermutung abwegig ist, die Substanz dieses Werkes könne durch die politische Bewertung von Heideggers faschistischem Engagement mehr als fünf Jahrzehnte danach diskreditiert werden.« (Habermas 1989, 14)

der lagen – um keine »Eintagsfliegen« handelt, denn die Partei hat nicht nur Wahlverweigerer aktiviert und Protestwähler motiviert, sondern stellt auch ein »Wiedererweckungsereignis« für traditionell neofaschistische Wähler und Sympathisanten dar, die in der letzten Zeit, wegen der Erfolglosigkeit der NPD, sich nicht mehr an den Wahlen beteiligt und politisch resigniert hatten. Welcher Mobilisierungseffekt im rechten Lager von der AfD ausgeht, wird durch die Liste von Überläufern aus der CDU dokumentiert, von denen der Parteivize Gauland nur das prominenteste Beispiel ist.

Dagegen dürfte der Erfolg von Pegida nur temporär gewesen sein. Dass diese rechtspopulistische Bewegung nur in Dresden über längere Zeit die Menschen motivieren konnte, auf die Straße zu gehen und in anderen Städten, gemessen an diesen spektakulären Mobilisierungseffekten, nicht so richtig Fuß fassen konnte, hat mit einer spezifischen »Erinnerungskultur« in der Elbmetropole zu tun, die es ermöglichte, den *historischen Faschismus als Hypothek auszublenden*.

Nicht mehr als Friedensdemonstration, wie noch zu DDR-Zeiten, sondern als Kult werden die Gedenktage an die Bombennächte im Februar 1945 seit den »Wendezeiten« mit zunehmendem Pathos und ohne NS-Bezüge inszeniert. Das Schicksal der Stadt hat sich zu einem Opfermythos verdichtet, »der die Mehrzahl der Dresdner bis heute fest im Griff hält. Zwar wurde die Opferzahl von 400.000 gemutmaßten Toten inzwischen auf rund 25.000 korrigiert, und simple Fotovergleiche mit den Zerstörungen etwa in Hamburg, Darmstadt oder Frankfurt am Main belegen, dass Dresden keineswegs den größten Schaden davontrug. Auch ist es nachweislich eine Mär, dass es in der Stadt keine »legitimen militärischen Ziele« gegeben hätte. Aber all das ficht die Dresdner nicht an. Mit der Bombardierung ... sind sie – das ist hier bürgerlicher Konsens – allesamt von der Seite der Täter auf jene der unschuldigen Opfer gewechselt, und als solche empfinden sie sich bis heute ... Faszinierend daran ist, dass sie es geschafft haben, den Gedanken an den Jahrestag der Bombardierung zu einem Staatsakt in der wiedererrichteten Frauenkirche zu entwickeln« (Liske 2015, 56f.), an dem (einschließlich des Bundespräsidenten) führende Politiker teilnehmen. Wer von der staatlichen Elite sich an dieser »Vorschule« der Wut-Bürgerbewegung beteiligt, fungiert zumindest indirekt als deren Unterstützer, wird zum Paten jenes faschistoiden Geistes, der bei der Pegida-Konstitution *auch* eine Rolle gespielt hat.

Aber es kann auch ebenfalls nicht außer acht gelassen werden, dass die Dresdner Aufmärsche zu einem großen Teil von jenen Ostdeutschen getragen

wurden, denen der »Anschlussprozess« das Leben durcheinander gewirbelt hat, die sich »als Verlierer fühlen und glauben, nun endlich eine gemeinschaftliche Plattform gefunden zu haben, um ihr Schicksal zeigen und ihre Enttäuschung artikulieren zu können«. (Rehberg 2016, 29)

Auch wenn vorläufig der Zenit der Wählerzustimmung für die AfD doch schon erreicht sein sollte, wird sich die Partei voraussichtlich als politischer Faktor für längere Zeit etablieren können. Mögen viele Wähler aus einem »Protest«-Bedürfnis heraus auch nur einmal ihr Kreuz auf dem Wahlzettel zugunsten der AfD gemacht haben, ist gerade dies ein Indiz für das große Potenzial von Unzufriedenen und Frustrierten: Zwei Drittel der Probanden mit AfD-Sympathien (nicht nur der faktischen Wähler!) äußerten 2015 bei einer Befragung ihr tiefes, oft mit Wut gepaartes Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien. Und bei einer Allensbach-Umfrage waren nur ein Viertel der Befragten bereit, der EU ihr Vertrauen auszusprechen.

Wird auf das Bürokratiemonster Europäische Union ein tief sitzendes Gefühl der Unübersichtlichkeit der sozialen Verhältnisse projiziert, so ist eine allgemeine »Politik- und Politikerverdrossenheit« eine wenig überraschende Reaktion auf die Tatsache, dass politisches Handeln immer unverblümt zu einem Geschäft organisierter Verantwortungslosigkeit geworden ist: So wird (aus Gründen eines parteiinternen »Interessenausgleichs« zwischen CDU und CSU) der Verzicht auf einen KITA-Platz mit einem »Erziehungsgeld« belohnt und dabei bewusst in Kauf genommen, dass gerade die Kinder aus den sozialen »Problemzonen«, die am dringendsten kompensatorische Betreuung benötigen, keine Vorschulförderung bekommen. Oder es wird, um Stammtischphantasien zu befriedigen (»Auch die Ausländer sollen für unsere Autobahnen bezahlen«) eine Autobahnmaut in der Bundesrepublik geplant, bei der sich schon früh abzeichnete, dass sie wohl mehr kosten, als der Staatskasse einbringen wird. Nicht zuletzt am baulichen Zustand vieler Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, ihren schadhafte Dächern und desolaten Toilettenanlagen werden Tendenzen staatlicher Selbstaufgabe offensichtlich. Es wird von zukunftssichernden Investitionen in »die Bildung« geredet, aber es hat sich alleine bei den Schulgebäuden ein »Investitionsstau« von fast 40 Milliarden Euro aufgetürmt. Aber am allerwichtigsten ist, dass einem allgemeinen Gefühl sozialer Unsicherheit nicht mit überzeugenden Politik-Konzepten entgegen gearbeitet wird. Es wird noch im Detail zu sehen sein, wie berechtigt die Sorgen um

die Zukunft sind und wie intensiv viele Menschen um den Erhalt ihres sozialen Status kämpfen müssen.

Es ist aber auch der herablassende Gestus, mit dem die Auseinandersetzung der etablierten Politik mit dem Rechtspopulismus geführt wird, der als Garant der Stabilität seiner Zustimmungswerte angesehen werden muss. Es würde wahrscheinlich der AfD nicht schaden, wenn sie die abwertend gemeinte Klassifizierung »rechtspopulistisch« selbst auf ihre Fahnen schreiben würde. Denn als »populistisch« begreifen jene Bevölkerungssegmente, die für die AfD-Parolen ansprechbar sind, zuallererst als »Artikulation einer politischen Opposition ...«, die [das] eingespielte System der Parteienkonkurrenz sprengt. Sie scheinen als Magnete zu wirken, die aus ganz unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft ein zustimmendes Publikum anziehen, welches einen Schnitt machen will mit einer [kapitalistischen] Periode der Gier, der Lüge und des Betrugs.« (Bude 2016, 347)

Ihr Wählerpotenzial hat die AfD auch deshalb noch nicht ausgeschöpft, weil letztlich doch noch das überzeugende politische Personal fehlt, ohne die rechte Parteien keine Massenzustimmungen erreichen können, weil es weniger auf das plausible Argument, als die identitätsstiftende Parole ankommt, die zu vermitteln »gelernt« sein will. Auch in der Weimarer Republik tummeln sich zunächst eine ganze Reihe profil- und erfolgloser völkischer Gruppen und Parteien. Alle waren reaktionär und rassistisch, antikommunistisch und antidemokratisch – aber nur eine hatte einen ebenso skrupellosen wie wirkungsmächtigen Demagogen wie Hitler.

Auch die meisten sozialwissenschaftlichen Beschäftigungen mit dem Rechtspopulismus haben nur einen eingeschränkten Reflexionshorizont und begrenzten Erklärungswert. Zwar wird in allgemeiner Weise über seinen gesellschaftlichen Entstehungskontext gesprochen, bei dem soziale Verunsicherung und eine zunehmende Orientierungslosigkeit über die Zukunftsaussichten eine große Rolle spielen, jedoch erfolgt die Auseinandersetzung mit seinen Inhalten weitgehend moralisierend: Die rechtslastigen Weltbildmuster werden als »illegitim« klassifiziert und die subjektiven Verarbeitungsformen und die ihnen inhärenten psycho-sozialen Selbststabilisierungseffekte rechter Orientierung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, jedoch nicht thematisiert.² Gera-

2 Zu den produktiven Ausnahmen aus der letzten Zeit gehört beispielsweise die Studie von Lantermann 2016.

dezu tabuisiert sind Hinweise darauf, dass die politischen und individuellen Irrationalismen Ausdruck einer fundamentalen »*Dialektik der Entzivilisierung*« sind, die sich gesellschaftlich in vielfältiger Weise äußert und in vielen Bereichen spätimperialistischer Gesellschaften dominant geworden ist. (Vgl.: Seppmann 2011 und 2015)

Ein fragwürdiger Blick dominiert fast immer auch, wenn in wissenschaftlichen Erörterungen oder medialen Beschäftigungen von den autoritären Dispositionen von »Unterschichtsangehörigen« gesprochen wird. Mit moralisierendem Unterton wird eine Einschätzung nahe gelegt, dass die autoritären Einstellungen als persönliche »Defizite« zu betrachten seien. Abwesend ist bei diesen Beschäftigungen fast immer ein hinreichendes Wissen über die klassenspezifischen Sozialisationsformen, die in den unteren Gesellschaftsetagen deshalb besonders restriktiv sind, weil nur intensive Formen der Hinnahme- und Leistungsbereitschaft die soziale Funktionalität und Überlebensfähigkeit sichern. Vermittelt werden Unterwerfungsorientierungen, die einen Resonanzboden für autoritäre Einstellungen bilden.

Die Ignoranz gegenüber den tatsächlichen sozialen Reproduktionsbedingungen einer Bevölkerungsmehrheit ist Bedingung, um jene wissenschaftlich kaschierten Verdrängungsleistungen erbringen zu können, die Robert K. Merton als konstitutiv für ein affirmatives wissenschaftliches Vorgehen beschrieben hat, um von den tatsächlichen Gründen »abweichenden Verhaltens« abzulenken: »Welcher Art auch immer die Ursachen von Massenfrustrationen ist, so steht dennoch eines fest [so wird affirmativ argumentiert], dass sie nämlich nicht in der Grundstruktur der Gesellschaft gesucht werden darf. Der konservative Mythos mag daher geltend machen, dass diese Frustrationen in der Natur der Dinge begründet sind und folglich in ›jedem beliebigen‹ sozialen System vorkommen werden ... Oder, wenn man nicht die Theorie der Unvermeidbarkeit, sondern der schrittweisen und langsamen Anpassung in Anspruch nimmt: ›Hier wie dort einige Veränderungen, und alles kommt in Ordnung, so gut, wie es überhaupt möglich ist‹. Oder man nimmt die Theorie zu Hilfe, die die Schuld von der Sozialstruktur auf das Individuum überträgt, das man zum ›Versager‹ stempelt, da ›in diesem Land wirklich jeder das erreicht, was ihm zukommt‹«. (Merton 1975, 357f.)

Es werden in den meisten AfD-Beschäftigungen zwar die einzelnen Komplexe der Rechtspopulismusproblematik aufgelistet und »sortiert«, selten jedoch deren innerer Zusammenhang und die wechselseitige Bezüglichkeit

analysiert. Es wird in der Regel vermieden, die Vermittlungsstrukturen zwischen prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen zu analysieren, sowie die Ursachen von Ressentiments und die demonstrative Bereitschaft sie unmissverständlich zu artikulieren.

Es ist kaum zu glauben, jedoch wird das Vermittlungsverhältnis von unsicheren Lebenserfahrungen und der politischen Artikulationsbereitschaft durch Teilnahme an den Pegida-Aufmärschen von einer »wendigen« Sozialwissenschaft sogar zum Anlass genommen, den rassistischen Hintergrund, der größer ist als es in vielen Erhebungen deutlich wird, zu relativieren, indem die Gründe für die Entwicklung und Aktivierung fremdenfeindlicher Artikulationsformen und die konkreten Anlässe gegeneinander ausgespielt werden. Mit den Mitteln der Sophistik wird von einer »armseligen Wissenschaft« (Adorno) »nachgewiesen«, dass Pegida in Dresden »keine Bewegung von Rechtsextremisten sowie Islam- und Ausländerfeinden gewesen ist [!], wie zunächst gemutmaßt wurde. Denn etwa ein Drittel der Teilnehmer der Kundgebungen und ›Abendspaziergängen‹ ließ zwar fremdenfeindliche und islamophobe Motive und Einstellungen erkennen. Die Mehrheit übte indes vor allem fundamentale Kritik an Politik, Medien und der konkreten Funktionsweise der praktizierten Demokratie in Deutschland.« (Vorländer 2016, 102)

Es wird also mit »wissenschaftlicher Autorität« der Eindruck zu erwecken versucht, dass sich beide Aspekte ausschließen würden. Tatsächlich sind sie jedoch nur die beiden Seiten der gleichen Medaille, weil durch Verunsicherungs- und Entwurzelungserfahrungen gleichzeitig rechte Kritikschemata an den »politischen Zuständen« übernommen werden und Ressentimentssyndrome sich verfestigen.

Um Fehleinschätzungen zu vermeiden, muss das Potenzial der AfD hinsichtlich ihrer programmatischen und weltanschauliche Präferenzen differenziert betrachtet werden: Es muss »zwischen einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild und dem Vorhandensein von einzelnen Versatzstücken rechtsextremer Ideologie« unterschieden werden. (Salzborn 2015, 76) Fremdenfeindliche Affekte und autoritäre Präferenzen müssen nicht unbedingt mit konkreten Vorbehalten gegen Roma oder stigmatisierenden Auffassungen über Arbeitslose zusammenfallen. Das bedeutet, dass rechts-extreme *Weltbildelemente* »in der deutschen Bevölkerung ... kontinuierlich deutlich höher, als die Existenz eines geschlossenen rechtsextremen Weltbildes« sind. (Ebd., 78)

Es dürfte noch nicht einmal der Fall sein, dass alle AfD-Wähler in ihren Einstellungstendenzen und Weltbildern eindeutig nach rechts tendieren. Bei denen das jedoch der Fall ist, unterscheidet sich das Denken gegenüber tradierten nationalistisch-rassistischen Weltanschauungen durch eine gewisse »Flexibilität«: Es äußern sich die rechtsaffinen Mentalitäten in neuen Formen und aktualisierten Bezügen. Es existiert ein zentraler Einstellungskomplex, der aus gruppenbezogenen Vorurteilen mit der Abwertung von Asylsuchenden, Homosexuellen, Muslimen und Juden besteht. Darum gruppiert sich ein autoritäres Staatsverständnis und ein Nationalismus, der sich oft in der schon angesprochenen EU-Ablehnung manifestiert. Weil das Ressentiment in der Regel jedoch abstrakt bleibt, entwickelt sich als pseudo-konkrete Ausdrucksweise eine dumpfe Aversion gegen »das System« und seine bürokratischen Auswüchse (die eine Art »Antikapitalismus« der Uninformiertheit darstellt). Ähnliche Übertragungsmuster hat es auch in der Weimarer Republik gegeben.

Jedoch gibt es auch einen Rückgriff auf Elemente des Mythologischen und die Vorstellungen einer formierten völkischen Gemeinschaft. Alle diese Elemente tauchen in unterschiedlichen Konstellationen und mit verschiedenen Gewichtungen auf. Auch die ehemals in rassistischen Stereotypen geäußerten Vorurteile haben einen »Gestaltwandel« durchlaufen, werden nun mit anderer Akzentsetzung zur Geltung gebracht: Das ist beispielsweise der Fall, wenn 40 Prozent der Bundesbürger die Gesellschaft als vom Islam (statt ehemals von »den Juden«) unterwandert wännen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass es immer noch die Gewalt gegen Juden, deren Einschüchterung und eine Schändung von jüdischen Friedhöfen gibt – und zwar wieder mit steigender Tendenz.

Vor allem im Internet ist eine neue Welle des Hasses und der Vorurteilsverbreitung zu beobachten: »Antisemitische Weltverschwörungsphantasien erleben [dort] europaweit eine publizistische Renaissance, und Antisemitismus scheint neben Rassismus wieder ins Zentrum der Agitation bei einem erheblichen Teil rechtsextremer Parteien in Europa zu rücken.« (Rensmann/Schoeps 2008, 10) Insbesondere ist diese Entwicklung auch bei jungen Menschen zu beobachten. Der Antisemitismus hat ein leichtes Spiel, weil judenfeindliche Vorurteile in fast allen europäischen Ländern fester Bestandteil des Massenbewusstseins sind, wenn auch mit differenter Intensität. Antisemitismus ist und bleibt somit der »Prototyp des sozialen und politischen Ressentiments und damit auch ein Indikator für den Zustand der Gesellschaft«. (Benz 2004, 26)

Die Judendiskriminierung hat eine Geschichte von Jahrhunderten. Sie hat sich jedoch mit dem Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft zu einem verfestigten Konstrukt verdichtet und ist zu einem weltanschaulichen Kitt geworden. Es existieren noch die tradierten Stereotypen, jedoch differieren mittlerweile die antisemitischen Artikulationen und werden oft gar nicht mehr als rassistisch wahrgenommen. Viele »Formen der antisemitischen Inszenierungen haben sich seit dem Ende des Nationalsozialismus verändert«. Vor allem in der Bundesrepublik, jedoch ist »die Zielrichtung ... geblieben.« (Frindte/Wammetsberger 2008, 265)

Einen antisemitischen »Bodensatz« hat es in den letzten Jahrzehnten nicht nur in der BRD gegeben. Schon in der Mitte der 60er Jahre wurde von den Soziologen Scheuch und Klingemann ein bis heute akutes Problem angesprochen: »In allen Industriegesellschaften existiert ein Potenzial für rechtsradikale Bewegungen. Rechtsradikalismus [einschließlich des Antisemitismus] ist unter dieser Perspektive eine ›normale‹ Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften.« (Scheuch/Klingemann 1967, 12f.)

Diese Erkenntnis (von Scheuch und Klingemann in legitimatorischer Absicht präsentiert, um eine »Normalität« des bundesdeutschen Antisemitismus zu belegen) entspricht tatsächlich auch den Erfahrungen mit dem historischen Faschismus und gehört seit Wilhelm Reich und den ersten Arbeiten der Frankfurter Schule zum Autoritätskomplex, zum Kernbestand eines kritischen Wissens über die konstanten Momente rechtsextremistischer Formationen und Weltbildfixierungen.

Von Scheuch und Klingemann wurde die Feststellungen über die »Normalität« des Antisemitismus in einer Zeit präsentiert, als eine in Wahlerfolgen sich niederschlagende Zustimmungswelle für den Rechtsradikalismus unübersehbar geworden war: Zwischen 1966 und 1968, damals in einer ersten manifesten Krisenphase der BRD-Ökonomie, konnte die NPD in 6 Landesparlamente einziehen. Nur bei der Bundestagswahl scheiterte sie knapp an der 5-Prozent-Hürde. Es bestätigte sich ein weiteres Mal, dass Aufstiegsphasen des Rechtsradikalismus mit sozio-ökonomischen Krisenentwicklungen korrelieren, auch wenn sie ihnen nicht »spiegelbildlich« entsprechen müssen.

Die Untersuchungsergebnisse über die aktuelle Verbreitung des Antisemitismus in den »entwickelten Gesellschaften« dokumentieren seit Jahrzehnten ein konstantes Bild: 20 Prozent aller europäischen Bürgerinnen und Bürger weisen verfestigte antisemitische Einstellungen auf. Dabei ist die

Schwankungsbreite sehr groß: 2002 äußerten in einer repräsentativen Befragung »28 Prozent der Deutschen die Auffassung, der Einfluss der Juden sei ›zu groß‹ und 23 Prozent meinten, Juden würden mehr mit ›üblen Tricks‹ arbeiten, um ihre Ziele zu erreichen, als andere Menschen.« (Frindte/Wammetsberger 2008, 265) Im Kontrast zu diesem »durchschnittlichen« Meinungsbild in Deutschland waren 2005 über 40 Prozent der Österreicher der Meinung, dass »die Juden den Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausbeuten« würden. (Vgl.: Wassermann 2008, 251) Schon vor 10 Jahren wurde für Deutschland auch konstatiert, dass »Jude das beliebteste Schimpfwort unter Schülern« sei. (Die Welt vom 8. 1. 2008) In der letzten Zeit haben die antisemitischen Einstellungen noch weiter zugenommen – auch wenn sich das nur unzureichend in den Meinungs-Erhebungen widerspiegelt, weil die quantitative Einstellungsforschung kaum über die Dokumentation von Momentaufnahmen hinaus kommt. Sie registriert nur aktuelle Stimmungslagen und nur selten gelingt es ihr, hinter die »Fassaden« zu schauen und die konstanten Weltbildstrukturen zu erfassen. Dies könnte nur mit ganz anderen wissenschaftlichen Vorgehensweisen (beispielsweise durch Gruppengespräche und psychologische Tiefeninterviews) erreicht werden.

Werden die konkreten Strukturprinzipien des Gesellschaftsbewusstseins und die vielgestaltigen Verarbeitungsweisen von sozialen Widerspruchserfahrungen berücksichtigt und bei den Erhebungen entsprechende Verfahren angewandt, wird schnell deutlich, dass es »in der Bundesrepublik – jenseits von demoskopischen Veränderungen und unabhängig von konkreten politischen Ereignissen – von ihrer Gründung bis zur Gegenwart etwa 15 bis 20 Prozent Antisemit(inn)en gibt, also der Wert in der Bilanz quasi unverändert bleibt und nur die konkreten Formen antisemitischer Äußerungen variieren.« (Salzborn 2015, 78)

Ein zusammenhängendes und »akzentuiertes«, neuerdings als »*neurechtes Weltbild*« bezeichnetes reaktionäres Einstellungsgeflecht auch jenseits des Antisemitismus wird in Deutschland von fast 30 Prozent der Bevölkerung vertreten. In dessen Spannbreite gehören auch Verschwörungstheorien, die undifferenzierte Annahme eines Meinungsdictats und »Eliten-Vorbehalte«. Die Verbindungen zu völkisch-nationalistischen Positionen ist aber eher verdeckt und eine Parteinahme für den terroristischen Rechtsextremismus in seinen tradierten Formen jedoch noch die Ausnahme.

Besonderes Merkmal des bundesdeutschen Populismus ist, dass sein Wählerpotenzial mit den dezidiert rechts eingestellten Bevölkerungsseg-

menten nicht identisch ist, auch wenn es große Schnittmengen gibt. Zwar vertreten die Parteigänger rechtspopulistischer Gruppierungen überdurchschnittlich oft rassistische bzw. fremdenfeindliche Positionen und präferieren autoritäre Politikkonzepte, jedoch korrespondieren ihre Weltbilder oft auch mit konkurrenzgesellschaftlichen Mentalitäten, in deren Rahmen Abwertungs- und Ausgrenzungsphantasien einen »spontanen« Entstehungs- und Entfaltungsraum haben, weil sie mit verbreiteten *markt extremistischen Auffassungen* korrespondieren. Diese Einstellungselemente fügen sich jedoch nicht automatisch zu einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Im ungünstigsten Falle können sie aber eine Zwischenstufe bei dessen *Ausbildung und Verfestigung* sein (wobei dann politische Einflussarbeit, rechte Propaganda und faschistoide Parolen eine zentrale Rolle spielen). Der Ausbreitung dezidiert rechtsextremer Positionen, wird auch dadurch Vorschub geleistet, dass durch den Erfolg der rechtspopulistischen Partei sich die politischen und auch ideologischen Koordinaten nach rechts verschoben haben: Die rechte Gesinnung wird allmählich zur »Normalität«, wodurch auch ein »Gewöhnungseffekt« stimuliert wird.

Bei der rechten Weltbildarbeit wird weniger ein neues ideologisches Terrain erschlossen, sondern es werden vorhandene »Stimmungen« aktiviert, kanalisiert und mit rechten Weltanschauungselementen »unterfüttert«. Die Etablierung der rechtspopulistischen Formation ist von einem »Stimmungsumschwung« flankiert worden, durch den viele, die es bisher für opportun gehalten haben, ihre fremdenfeindlichen und tendenziell nationalistischen Einstellungen nicht deutlich zu äußern, ermutigt wurden, in dem nun veränderten Klima sich *unmissverständlich zu artikulieren*. Ihnen fällt es nun leichter, im privaten Umfeld, aber auch bei Meinungsumfragen, weniger »taktisch« und zurückhaltend zu agieren.

Auch wenn *geschlossene* rechtsextreme Weltbilder gesamtgesellschaftlich eine »Minderheitsposition« darstellen, ändert das nichts an der Tatsache, dass die aktuelle Gesinnungslage bei erstaunlich großen Bevölkerungsteilen durch rechte *Einstellungsmuster* geprägt ist. Viele Umfragen geben jedoch nur unzulänglich die tatsächliche Bewusstseins- und Stimmungslage wieder, weil sie von rechtsextremen Einstellungen nur sprechen, wenn geschlossene Weltbildkomplexe existieren. Die Zustimmung zum Rechtsextremismus bewegt sich dann tatsächlich »nur« im 10-Prozent-Bereich, wie einige Erhebungen auf Grundlage eines reduktionistischen Rasters behaupten. Die Konsequenz

ist, dass alle, »die zum Beispiel eine autoritäre Herrschaftsform ablehnen und die Demokratie grundsätzlich für gut halten [und so wäre noch hinzu zu fügen, bei Wahlen für Parteien der »Mitte« votieren], allerdings zugleich rassistische oder antisemitische Einstellungen haben, ... statistisch nicht zu dieser Personengruppe gezählt« werden. (Salzborn 2015, 77)